

Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft

Entwicklung der Versorgungsausgaben Bericht über Stand und Ergebnisse des Instruments zur Prognose zukünftiger Versorgungsausgaben im öffentlichen Dienst der Freien und Hansestadt Hamburg

Gliederung

A. Bericht

- | | |
|--|--|
| <ul style="list-style-type: none">1. Zusammenfassung der Prognoseergebnisse1.1 Gesamtentwicklung1.2 Entwicklung im Beamtenversorgungsbereich1.3 Entwicklung im Zusatzversorgungsbereich der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer2. Neuerung in der Stufe 3 – Zusatzversorgungsbereich3. Datengrundlage4. Prognoseergebnisse der Stufe 3 im Einzelnen4.1 Entwicklung der erwarteten Berechtigtenzahlen4.2 Ausgabenentwicklung im Vergleich zur Stufe 2/03 | <ul style="list-style-type: none">4.3 Zusammensetzung der Versorgungsausgaben nach Einzelplänen5. Wirkung des Versorgungsänderungsgesetzes 20016. Bewertung der Prognoseergebnisse6.1 Auswirkung linearer Erhöhungen6.2 Vergleich mit dem Haushaltsergebnis6.3 Ausgabenentwicklung7. Vorsorge für künftige Versorgungsausgaben7.1 Versorgungsrücklage nach § 14 a BBesG7.2 Zusätzlicher Versorgungsfonds7.3 Sondervermögen Zusatzversorgung |
|--|--|

B. Schlussbetrachtung

A. Bericht

Wie auch in anderen Alterssicherungssystemen ist in der Versorgung der Angehörigen des öffentlichen Dienstes in Zukunft mit einem erheblichen Ausgabenanstieg zu rechnen. Diese Ausgabenentwicklung wird durch die allgemeine demographische Entwicklung bestimmt, die u. a. dazu führt, dass sich die Versorgungslaufzeiten verlängern und die Versorgungsausgaben entsprechend steigen. In der Beamtenversorgung zeigen sich zudem die Folgen der Ausweitung des Personalbestandes in den Jahren zwischen 1960 und 1980, hauptsächlich in den Bereichen Bildung und innere Sicherheit.

Um die Ausgabenentwicklung zu dämpfen und die Belastung der öffentlichen Haushalte zu vermindern, sind auf Bundesebene mit Unterstützung der Länder in den vergangenen Jahren verschiedene Maßnahmen ergriffen worden. So ist z. B. bereits mit der 1992 in Kraft getretenen Reform des Beamtenversorgungsgesetzes u. a. die Ruhegehaltsskala von 35 auf 40 Jahre gestreckt worden. Das Gesetz zur Reform des öffentlichen Dienstrechts 1997, das Versorgungsreformgesetz 1998 (VReformG) sowie das Gesetz zur Neuordnung der Versorgungsabschlüsse 2000 regelten z. B. die Anhebung der Antragsaltersgrenze vom 62. auf das 63. Lebensjahr, das Vorziehen der Versorgungsabschlüsse bei Eintritt in den Ruhestand auf eigenen Antrag auf das Jahr 1998 und die Einführung von Versor-

gungsabschlägen auch für Schwerbehinderte und bei Dienstunfähigkeit, die nicht auf einem Dienstunfall beruht, den schrittweisen Wegfall der Ruhegehaltfähigkeit vieler Zulagen, die Verlängerung der Wartezeit für die Versorgung aus dem letzten Amt von 2 Jahren auf 3 Jahre und die Verschärfung der Hinzuverdienstregelungen¹⁾. Ein Kernstück der Versorgungsreform 1998 war die neu eingeführte Regelung zum Aufbau von Versorgungsrücklagen durch eine jeweils um 0,2 % verringerte Anhebung der Besoldung und Versorgung. Mit dem Versorgungsänderungsgesetz 2001 (VersÄndG 2001) schließlich wird das Versorgungsniveau um insgesamt 6,33 % gesenkt, und zwar nicht nur für zukünftige, sondern auch für vorhandene Versorgungsempfängerinnen und -empfänger.

Die Gesetzgebungskompetenz für diese Maßnahmen liegt beim Bund, die Länder haben aber Einflussmöglichkeiten über den Bundesrat. Mit dem Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 2003/2004 (BBVAnpG 2003/2004) sind die Länder – wie auch der Bund – nunmehr ermächtigt worden, eigene Regelungen über das Urlaubs- und das sog. Weihnachtsgeld zu treffen, und zwar sowohl für Besoldungs- wie auch für Versorgungsempfängerinnen und -empfänger. Hamburg hat von dieser Ermächtigung mit dem Hamburgischen Sonderzahlungsgesetz vom 21. November 2003 (HmbSonderzahlungsgG) Gebrauch gemacht²⁾ und 2003 erstmals das Weihnachtsgeld nach Maßgabe der niedrigeren Bemessungssätze gezahlt.

Auch im Bereich der Zusatzversorgung hat Hamburg seine Regelungsmöglichkeiten genutzt und mit dem zum 1. August 2003 in Kraft getretenen Hamburgischen Zusatzversorgungsgesetz (HmbZVG) Maßnahmen zur Dämpfung der Ausgabenentwicklung ergriffen. Grundlage der Altersversorgung der hamburgischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigten) ist im Regelfall die Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung; daneben erhalten sie von der Freien und Hansestadt Hamburg eine Zusatzversorgung. Mit dem HmbZVG ist die Zusatzversorgung weitestgehend von externen Bezugssystemen losgelöst worden und stellt nunmehr ein unabhängiges Betriebsrentensystem mit einem konstanten Anpassungssatz von 1 % pro Jahr dar. Die bisher die Versorgungsbezüge bestimmenden Parameter wie „mitzählende Rente“, „Sozialversicherungsbeitragssätze“ und „Lohnsteuerbeträge“ üben keinen Einfluss mehr aus, so dass eine insgesamt höhere Transparenz und eine verbesserte Kalkulierbarkeit der Ausgaben erreicht worden ist.

Darüber hinaus haben sich Senat und Bürgerschaft in den letzten Jahren intensiv mit der Entwicklung der Versorgungsausgaben befasst. Der Senat hatte sich 1999 für die Entwicklung eines Prognoseinstruments entschieden, um die allgemeine Ausgabenentwicklung in den Bereichen der Beamten- und der Zusatzversorgung einschätzen zu können. Prof. Dr. Dietmar Pfeifer, Institut für Mathematik, Fakultät V – Mathematik und Naturwissenschaften, Carl von Ossietzky Universität Oldenburg, entwickelt stufenweise ein Prognose- und Simulationsinstrument, mit dem die Zahl der Versorgungsberechtigten und die aufzuwendenden Versorgungsausgaben prognostiziert und alternative Szenarien simuliert werden können. Dieses Vorgehen hat es ermöglicht, die seitdem eingetretenen Rechtsänderungen zu berücksichtigen. Mit der vorliegenden Drucksache berichtet der Senat zum fünften Mal über die Ergebnisse der Prognose.

Im Jahr 2000 hatte Prof. Dr. Pfeifer mit einem Grundmodell des Prognoseinstruments eine erste Prognose vorgenommen³⁾. Obwohl dieses Grundmodell noch viele Vereinfachungen enthielt, ermöglichte es bereits zum damaligen Zeitpunkt eine Einschätzung des Entwicklungstrends der Versorgungsaus-

gaben. Im nächsten Entwicklungsschritt (Stufe 1) wurden die Inanspruchnahme der Antragsaltersgrenze, also die Möglichkeit, auf eigenen Antrag vor Erreichen des 65. Lebensjahres bereits ab dem 63. Lebensjahr in den Ruhestand einzutreten, sowie die damit verbundenen Versorgungsabschläge einbezogen⁴⁾. Der Vergleich dieser Prognosen hat gezeigt, welchen Einfluss die Inanspruchnahme der Antragsaltersgrenze auf die Entwicklung der Versorgungsausgaben hat. Zu diesem Zeitpunkt war mit der Weiterentwicklung außerdem ein so hoher Grad an Genauigkeit erreicht worden, dass das Instrument auch für die Veranschlagung des Haushalts geeignet war.

Im Jahr 2002 wurde die Stufe 1 weiter ausgebaut. Die Entwicklungsstufe Stufe 2 enthielt drei Neuerungen: Die Auswirkungen des VersÄndG 2001 wurden erfasst, Nachbesetzungen für ausscheidende Beschäftigte wurden einbezogen und es wurde alternativ mit einem Alterstrend gerechnet, dem das Szenario weiter steigender Lebenserwartung zu Grunde liegt⁵⁾. Damit konnten verschiedene Szenarien berechnet und nach fachlichen Kriterien bewertet werden. Für die folgende Stufe 2/03 wurde für die Prognose der Alterstrend ebenso wie Nachbesetzungen und das VersÄndG 2001 zu Grunde gelegt.

Die jetzt vorliegende Stufe 3 enthält insbesondere die Neuerungen des Zusatzversorgungsgesetzes.

Von Anfang an hatte Prof. Dr. Pfeifer für alle Prognosen und Szenarien jeweils drei Annahmen zu linearen Anpassungen berechnet. Neben den Szenarien mit linearen Erhöhungen von 1 %, 2 % und 3 % ist auch die Entwicklung ohne jede weitere lineare Anpassung prognostiziert worden. Diese so genannte Strukturentwicklung ermöglicht die Betrachtung von strukturellen Effekten, die sonst leicht durch lineare Erhöhungen verdeckt werden.

Grundlage der Prognosen sind jeweils die anonymisierten personenbezogenen Daten der Beschäftigten und der Versorgungsempfängerinnen und -empfänger der Freien und Hansestadt Hamburg zum Stichtag 1. Dezember des jeweiligen Vorjahres. Dies ermöglicht es, die Prognosen unter Einbeziehung von Strukturveränderungen im Bestand und linearer Anpassungen der Vorjahre fortzuschreiben.

Die Prognose wird auf Grundlage getrennter Datensätze erstellt, und zwar einerseits der vorhandenen Versorgungsempfängerinnen und -empfänger aus dem Beamten- und dem Zusatzversorgungsbereich, andererseits der vorhandenen Beschäftigten aus diesen Bereichen. Diese Trennung erlaubt eine getrennte Betrachtung der zu erwartenden Entwicklung der vorhandenen Versorgungsempfängerinnen und -empfänger und der zu erwartenden Zugänge aus dem Beamtenbereich, dem Tarifbereich und in der Gesamtbetrachtung.

Bereits mit der Entwicklung zur Stufe 2 war das Instrument so weit ausgearbeitet und verfeinert worden, dass sich Erweiterungen des Instruments in der Prognosegenauigkeit nicht mehr wesentlich auswirken. Zudem wurde bis dahin ein so hoher Grad an Genauigkeit erreicht, dass das Instrument auch für die Veranschlagung des Haushalts geeignet ist und erstmals für den Haushaltsplan-Entwurf 2004 eingesetzt wurde.

¹⁾ Eine Übersicht befindet sich in der Drucksache 16/4727

²⁾ s. a. Drucksache 17/3228

³⁾ s. Drucksache 16/4727

⁴⁾ s. Drucksache 17/247

⁵⁾ s. Drucksache 17/1404

Im Zuge der künftigen Berichterstattung unter doppischen Aspekten⁶⁾ wird ab 2006 gegenüber der zahlungsstromorientierten Darstellung der Versorgungsprognose nach Ausgaben auch über die Bedarfe an Pensionsrückstellungen zu berichten sein.

1. Zusammenfassung der Prognoseergebnisse

In der nachfolgenden Darstellung der Ergebnisse der Stufe 3 werden die Werte im Datenerfassungsjahr 2003, im Prognoseausgangsjahr 2004, im Prognosemitteljahr 2014 und im Prognoseendjahr 2024 aufgezeigt. Die Jahre, in denen sich ein Höchststand im jeweiligen Bereich ergibt, sind durch Fettdruck gekennzeichnet. Auf Grund der Angabe des Höchststandes im jeweiligen Bereich ergeben sich zwangsläufig unterschiedliche Jahresangaben. Die Ausgaben in den Tabellen werden in Mio. Euro wiedergegeben.

Nach §§ 14 BBesG, 70 BeamtVG werden Besoldung und Versorgung entsprechend der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse und unter Berücksichtigung der mit den Dienstaufgaben verbundenen Verantwortung durch Bundesgesetz regelmäßig angepasst. Dies ist zuletzt mit dem BBVAnpG 2003/2004 erfolgt. Diese für das gegenwärtige Jahr 2004 mit dem BBVAnpG 2003/2004 beschlossenen linearen Anpassungen sind in die Prognose eingeflossen. Ab dem Jahr 2005 wird, wie auch bereits in den Vorjahren, die Entwicklung bei jährlichen Bezügeanpassungen mit 1%, 2% und 3% linearer Erhöhung prognostiziert.

Grundlage der Darstellung wird im weiteren überwiegend die Strukturentwicklung sein, also die Entwicklung ohne weitere lineare Anpassungen. Lineare Anpassungen dienen dazu, die Entwicklung der Bezüge im Rahmen der allgemeinen Einkommensentwicklung zu halten. Sie müssen daher im Lichte der wirtschaftlichen und finanziellen Gesamtentwicklung gesehen werden, deren Parameter – Bruttoinlandsprodukt oder Entwicklung der öffentlichen Haushalte – nur mit sehr großen Unsicherheiten über einen längeren Zeitraum zu prognostizieren sind. Die Höhe linearer Anpassungen korreliert mit dieser Gesamtentwicklung, die ihrerseits bei der Beurteilung der Szenarien mit linearen Anpassungen im Blick bleiben muss. Die Strukturentwicklung beschreibt demgegenüber die zukünftigen Ausgaben „in Preisen von heute“ und ermöglicht so die Einschätzung von Entwicklungen, die ansonsten durch die Effekte linearer Anpassungen verdeckt würden.

Zur Darstellung ist noch darauf hinzuweisen, dass die Berechtigtenzahlen und die Ausgabenbeträge für die Statusgruppen und die Gesamtheit der Beschäftigten und Versorgungsempfängerinnen und -empfänger jeweils gesondert prognostiziert werden; es kann daher zu Rundungsdifferenzen und entsprechenden Abweichungen zur bloßen Addition kommen. Soweit zur Darstellung bestimmter Effekte erforderlich, sind zudem abweichende Skalierungen in den Grafiken eingesetzt worden.

Wie bisher erfasst die Prognose 20 Jahre: 2004 bis 2024.

In der weiteren Zusammenfassung wird die Entwicklung dargestellt, die sich unter Einbeziehung des Alterstrends, von Nachbesetzungen, des VersAndG 2001, des HmbSonderzahlungsG und des HmbZVG ergibt, die nach Einschätzung von Prof. Pfeifer eine Obergrenze möglicher Entwicklungen beschreibt.

1.1 Gesamtentwicklung

Die Gesamtversorgungsausgaben setzen sich aus denen für die Beamtenversorgung und denen für die Zusatzversorgung zusammen. Sie tragen in unterschiedlichem Maß zur Gesamtausgabenentwicklung bei. Während sich die Empfängerzahl im Beamtenbereich von 27.056 im Jahr 2003 bis auf 33.701 im Prognoseendjahr 2024 erhöhen wird, ist die Entwicklung im Tarifbereich gegenläufig: 2003 liegt der Ausgangsbestand im Tarifbereich bei 30.254 Berechtigten; im Prognoseendjahr 2024 wird sich die Zahl der Berechtigten auf 24.765 verringert haben. Die Beamtenversorgung ist als ausschließliche Altersversorgung angelegt, während die Zusatzversorgung als betriebliche Altersversorgung zur gesetzlichen Rente hinzutritt. Dem entsprechend beträgt das Verhältnis der Ausgaben der Beamtenversorgung zur Zusatzversorgung im Jahr 2003 etwa 87 % zu 13 %.

Die Gesamtzahl der erwarteten Versorgungsberechtigten wird von 2003 bis 2014 um 7,8 % steigen – in der Vorjahresprognose war noch ein Anstieg um 8,2 % berechnet worden. Von 2003 bis 2024 wird der Anstieg insgesamt 2 % betragen (Vorjahresprognose: 3,4 %). Der Anstieg der Berechtigtenzahl ist damit leicht gedämpft.

⁶⁾ vgl. Drucksache 17/3161

Tabelle 1: Gesamtzahl der Berechtigten (Beamten- und Zusatzversorgung) – Gesamtausgaben in Mio. €

Jahr	Gesamtzahl der Berechtigten	mit Erhöhung 2004 - Strukturentwicklung	Ausgaben bei linearen Erhöhungen ab 2005 in Höhe von		
			1 %	2 %*	3 %*
			in Mio. €		
2003	57.310	891	891	891	891
2004	57.769	915	915	915	915
2005	58.685	936	945	954	963
2013	61.740	1.054	1.151	1.257	1.371
2014	61.769	1.063	1.173	1.293	1.425
2015	61.685	1.070	1.192	1.327	1.475
2023	59.010	1.086	1.309	1.576	1.894
2024	58.468	1.084	1.320	1.605	1.947

* im Tarifbereich nur für Beschäftigte, nicht für Versorgungsempfängerinnen und -empfänger relevant

Die linearen Anpassungen der Jahre 2003 und 2004 sind in der Prognose berücksichtigt worden. Die Szenarien mit linearen Erhöhungen von 2 % und 3 % sind dabei im Tarifbereich lediglich mit Blick auf die Entwicklung der Gehälter, nicht der Zusatzversorgung selbst interessant, da deren Entwicklung nach dem HmbZVG von der Gehaltsentwicklung abgekoppelt ist.

Die nachfolgende Darstellung des Ausgabenanstiegs für verschiedene Zeiträume zeigt den Einfluss linearer Anpassungen auf das Ergebnis deutlich.

Bezugspunkt für die Berechnungen ist einmal das Datenerfassungsjahr 2003, einmal das Jahr 2005, das erste Jahr der Strukturentwicklung ohne lineare Anpassung. Es zeigt sich, wie stark die Dynamik der Ausgabenentwicklung über einen Zeitraum von etwa 10 bzw. etwa 20 Jahren durch lineare Anpassungen bestimmt wird. Der Vergleich der Basisjahre 2003 bzw. 2005 zeigt zudem den Einfluss der linearen Anpassungen der Jahre 2003 und 2004.

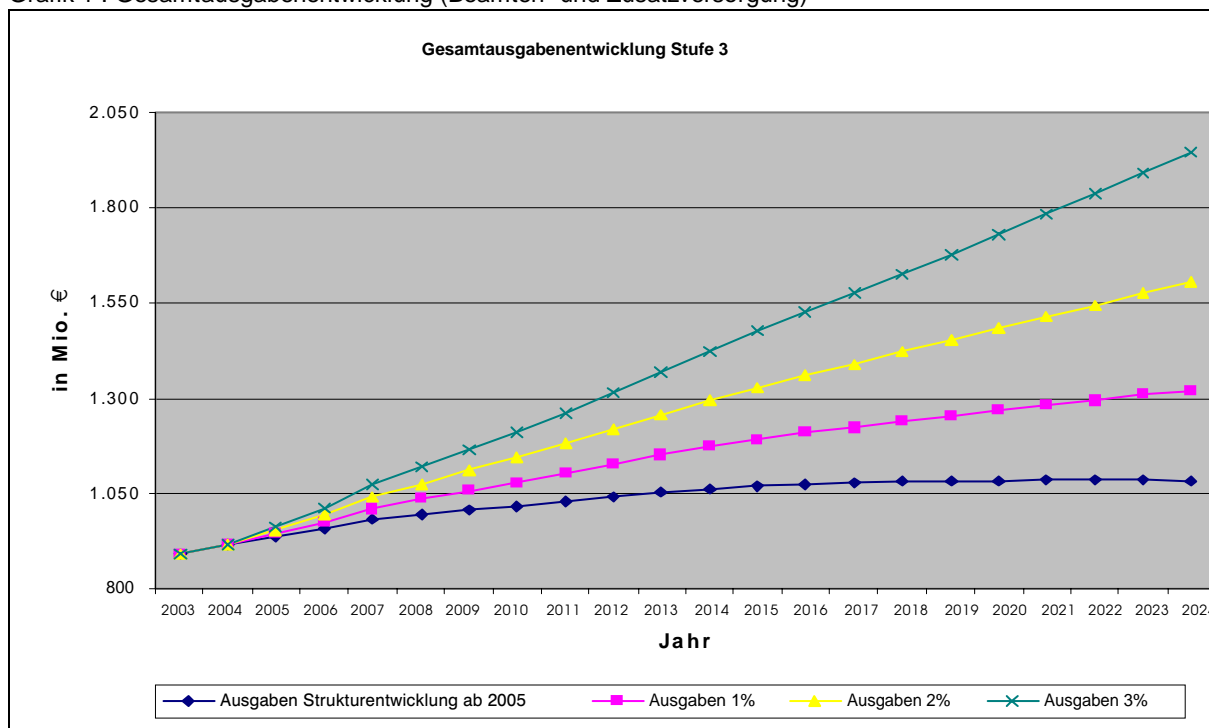
Tabelle 2: Prozentualer Anstieg – Überblick Gesamtausgaben

Zeitraum von - bis	Strukturentwicklung	Lineare Erhöhung 1 %	Lineare Erhöhung 2 %	Lineare Erhöhung 3 %
		in Mio. €		
2003 - 2014	19,3	31,7	45,2	59,9
2003 - 2024	21,7	48,1	80,1	118,6
2005 - 2014	13,6	24,2	35,6	47,9
2005 - 2024	15,8	39,7	68,2	102,2

Auf Grund der Berücksichtigung der tatsächlichen linearen Erhöhungen der Jahre 2003 und 2004 unterscheiden sich die Ergebnisse dieser Jahre nicht. Die Gesamtausgaben liegen im Datenerfassungsjahr bei 891 Mio. Euro und im Jahr 2004 bei 915 Mio. Euro. Ab 2005 entwickeln

sie sich – je nach prozentualer Erhöhung – bis zum Jahr 2024 auf 1.084 Mio. Euro in der Strukturentwicklung, bis auf 1.320 Mio. Euro bei linearer Erhöhung von 1 %, bis auf 1.605 Mio. Euro bei linearer Erhöhung von 2 % und bis auf 1.947 Mio. Euro bei linearer Erhöhung von 3 %.

Grafik 1 : Gesamtausgabenentwicklung (Beamten- und Zusatzversorgung)



1.2 Entwicklung im Beamtenversorgungsbereich

Gegenstück der umfassenden und ausschließlichen Dienstleistungspflicht der Beamtinnen und Beamten ist die lebenslange Alimentation, die auch im Alter die Abdeckung des Lebensunterhaltes gewährleisten soll. Die Höhe der Versorgung bemisst sich nach den ruhegehaltfähigen Dienstbezügen sowie der ruhegehaltfähigen Dienstzeit – jedes Jahr schlägt mit 1,79375 % zu Buche. Ruhegehaltfähig sind die Dienstbezüge des letzten Amtes, sofern sie mindestens 3 Jahre vor dem Eintritt in den Ruhestand gezahlt worden sind. Das Ruhegehalt ist auf 71,75 % der letzten Dienstbezüge begrenzt⁷⁾. Diese sog. Vollversorgung wird nach 40 Dienstjahren erreicht; mehr

als 40 Dienstjahre wirken sich nicht versorgungserhöhend aus.

Die Zahl erwarteter Beamtenversorgungsempfängerinnen und -empfänger wird von 27.056 im Jahr 2003 auf 33.758 im Jahr 2023 steigen. Im Jahr 2024 ist ein leichter Rückgang auf 33.701 zu erwarten. Die Versorgungsausgaben werden in der Strukturentwicklung von 778 Mio. Euro im Datenerfassungsjahr 2003 bis auf 1.011 Mio. Euro im Endjahr der Prognose 2024 steigen. Die Entwicklung der Ausgaben einschließlich der linearen Erhöhungen für das Jahr 2004 stellt sich demnach für die Strukturentwicklung sowie für die Szenarien von 1 %, 2 % und 3 % wie folgt dar:

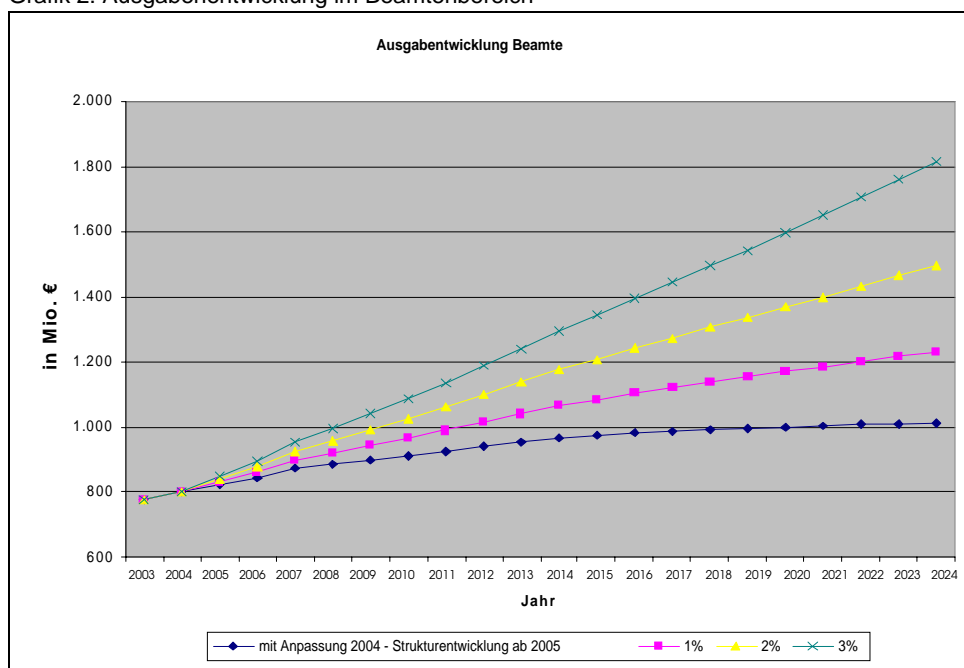
Tabelle 3: Entwicklung der Berechtigtenzahlen und Ausgaben im Beamtenbereich

Jahr	Zahl der Berechtigten	Ausgaben in Mio. €			
		Struktur-Entwicklung	lineare Erhöhung 1 %	lineare Erhöhung 2 %	lineare Erhöhung 3 %
2003	27.056	778	778	778	778
2004	27.577	801	801	801	801
2005	28.432	823	831	839	847
2014	32.900	965	1.065	1.174	1.293
2023	33.758	1.010	1.217	1.465	1.761
2024	33.701	1.011	1.231	1.496	1.816

Die Übersicht verdeutlicht den Einfluss linearer Anpassungen auf die Ausgabenentwicklung. So zeigt sich z. B. in der Strukturentwicklung von 2003 bis 2024 ein Ausgaben-

anstieg von 29,9%, bei linearen Anpassungen für den gleichen Zeitraum eine Erhöhung um bis zu 133,4%.

Grafik 2: Ausgabenentwicklung im Beamtenbereich



⁷⁾ s. auch Nr. 5 – Wirkung des Versorgungsänderungsgesetzes 2001

1.3 Entwicklung im Zusatzversorgungsbereich der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Die hamburgischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigten) erhalten neben ihrer Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung eine zusätzliche betriebliche Altersversorgung. Bis zum In-Kraft-Treten des HmbZVG am 1. August 2003 wurde die betriebliche Altersversorgung für alle Versorgten, also vorhandene Versorgungsberechtigte im Zusatzversorgungsbereich, und für den überwiegenden Anteil der Beschäftigten nach dem Ersten Ruhegeldgesetz (1. RGG) geleistet bzw. in Aussicht gestellt. Dieses Gesetz sah vor, eine Gesamtversorgung zu gewähren, die die bundesgesetzliche Rente (Sozialversicherungsrente), Ruhegeld und andere öffentliche Altersversorgungsleistungen als Gesamtheit behandelt. Ausgangspunkt der komplizierten Berechnung war grundsätzlich das letzte fiktive Nettoarbeitsentgelt der Beschäftigten. Je nach Beschäftigungsdauer konnte die oder der Beschäftigte bis zu 91,75 % dieses Nettoentgelts als Gesamtversorgungsbetrag erreichen. Von diesem Betrag wurden alsdann die gesetzliche Rente und ggf. andere öffentliche Leistungen an die Beschäftigte bzw. den Beschäftigten abgezogen. Der Differenzbetrag war das Ruhegeld.

Der ausgezahlte Ruhegeldebtrag war von einer Vielzahl von Variablen abhängig: So hing der zunächst zu erreichende Gesamtversorgungsbetrag u. a. von der Höhe der Steuern und der Sozialversicherungsbeiträge ab. Stiegen diese Steuern und/oder Beiträge, so sank das Nettoarbeitsentgelt und damit der Gesamtversorgungsbetrag; sanken sie, so stieg er. Stiegen die von ihm abzuziehenden gesetzlichen Renten, ohne dass er selbst stieg, so minderte sich der Ruhegeldebtrag, während er umgekehrt wuchs, wenn die gesetzlichen Renten abnahmen. Hinzu kam, dass sowohl der Gesamtversorgungsbetrag als auch die Sozialversicherungsrente regelmäßig anhand der Lohn- und Gehaltsentwicklung angepasst wurden. Diese Vielfalt der von Hamburg kaum beeinflussbaren Bezugssysteme hatte es immer wieder erforderlich gemacht, das 1. RGG nach

erheblichen Änderungen eines oder mehrerer Bezugssysteme neu zu justieren.

Mit In-Kraft-Treten des HmbZVG werden die betroffenen Beschäftigten für künftige Zeiträume keine Gesamtversorgung mehr erhalten, sondern ein Ruhegeld, dem das sog. Betriebsrentenmodell zu Grunde liegt. Dieses Modell wurde bereits dem Zweiten Ruhegeldgesetz (2. RGG) zu Grunde gelegt, welches für Beschäftigte galt, die nach dem 31. März 1995 eingestellt wurden. Mit dem In-Kraft-Treten des HmbZVG ist das 2. RGG im HmbZVG aufgegangen. Das HmbZVG knüpft zwar wie das 1. RGG an das letzte Arbeitsentgelt an, es bildet hieraus jedoch keine Gesamtversorgung, sondern gewährt den Beschäftigten pro Beschäftigungsjahr 0,5 % ihres letzten Bruttoentgelts. Auf die Höhe der Sozialversicherungsrente oder anderer vergleichbarer Leistungen, auf Steuern und Sozialversicherungsbeiträge kommt es in diesem System nicht mehr an.

Das Ruhe-, Witwen- und Waisengeld wird nicht mehr wie bisher nach den Tarifierungen im öffentlichen Dienst dynamisiert, sondern zum 1. Juli eines jeden Jahres pauschal um 1 % erhöht. Dies entspricht dem ATV⁸⁾ und dem Gesetz zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung (BetrAVG).

Die umfassende Neuordnung der Zusatzversorgung zum 1. August 2003 wirkt sich bereits unmittelbar auf die vorhandenen Versorgten sowie auf die Anwartschaften der noch Beschäftigten aus⁹⁾. Erstmals sind im Jahr 2004 die Tarifierungen für die Beschäftigten (1 % zum 1. Januar 2004, 1 % zum 1. Mai 2004) sowie die nächste Stufe der Steuerreform (ab 1. Januar 2004) nicht auf den Zusatzversorgungsbereich übertragen worden. Anstelle der ehemals obligatorischen Anpassung sind die Versorgungsbezüge pauschal um 1 % angehoben worden. Davon waren auch Versorgte betroffen, die bislang nur ein statisches Mindestruhegeld erhielten und deren Versorgungsbezüge jetzt ebenfalls um 1 % angehoben wurden.

Die zu erwartende Entwicklung stellt sich wie folgt dar:

Tabelle 4: Entwicklung der Berechtigtenzahlen und Ausgaben im Zusatzversorgungsbereich

Jahr	Zahl der Zusatzversorgungs- berechtigten	Strukturentwicklung	Ausgaben bei linearen Erhöhungen ab 2005 in Höhe von		
			1 %	2 %*	3 %*
		in Mio. €			
2003	30.254	113	113	113	113
2004	30.192	114	114	114	114
2005	30.251	113	114	115	116
2006	30.283	112	114	116	118
2013	29.168	100	110	120	130
2014	28.867	98	108	120	132
2015	28.544	96	107	119	133
2024	24.765	73	89	108	131

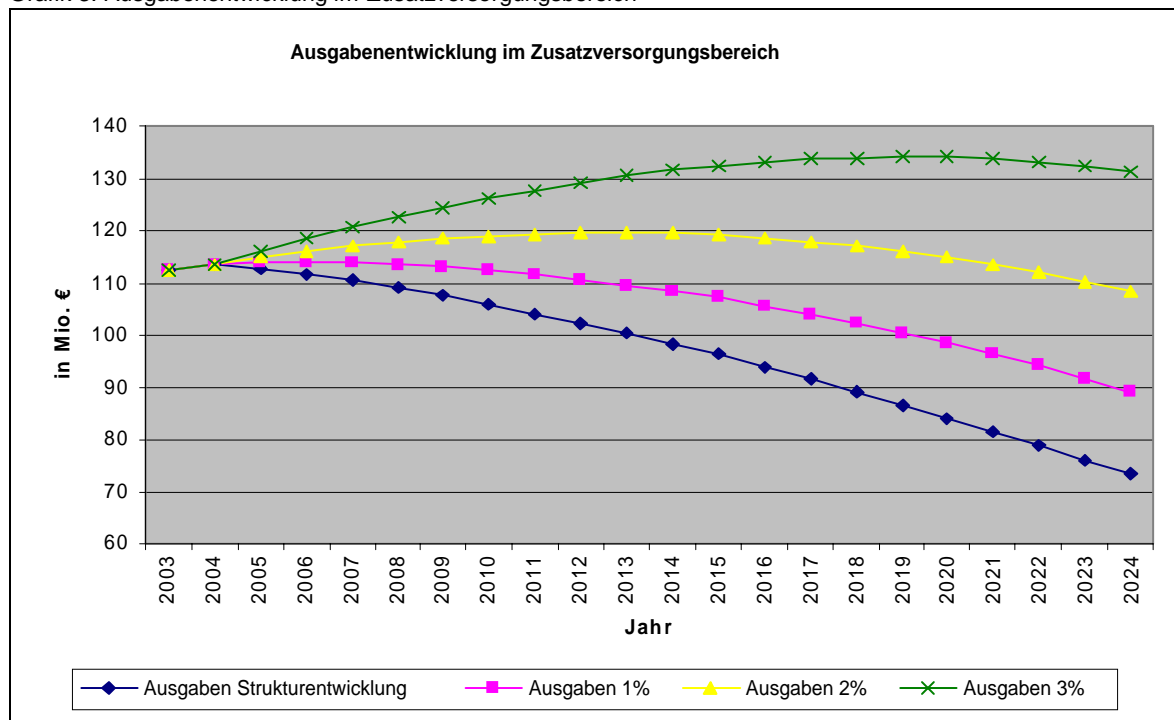
* nur für Beschäftigte relevant

Die Zahl erwarteter Empfänger wird – wie auch entsprechend die Ausgaben – in der Strukturentwicklung stetig sinken.

⁸⁾ Altersvorsorgetarifvertrag; gilt im Bereich der Versorgungsanstalt für Bund und Länder (VBL)

⁹⁾ s. Drucksache 17/1659

Grafik 3: Ausgabenentwicklung im Zusatzversorgungsbereich



2. Neuerung der Stufe 3 – Zusatzversorgungsbereich

Mit In-Kraft-Treten des HmbZVG zum 1. August 2003 ergeben sich auch neue Perspektiven, künftige Versorgungsausgaben zielgenauer prognostizieren zu können. Auf Versorgte haben externe Bezugssysteme (z. B. Sozialversicherungsbeitragssätze, Steuern, Tarifabschlüsse) nunmehr keinen Einfluss mehr, es wird nur noch die im HmbZVG festgeschriebene jährliche Anpassung zum 1. Juli in Höhe von 1 % berücksichtigt. Keine Auswirkungen ergeben sich durch die Kündigung der Zuwendungs- und Urlaubsgeldtarifverträge zum 30. Juni 2003 respektive 31. Juli 2003. Während das Urlaubsgeld in der Zusatzversorgung – wie auch im Beamtenversorgungsbereich – ohnehin keine Berücksichtigung findet, beruht der Zuwendungsanspruch (Weihnachtsgeld) für Versorgte nicht mehr auf den tarifrechtlichen Berechnungsgrundlagen.

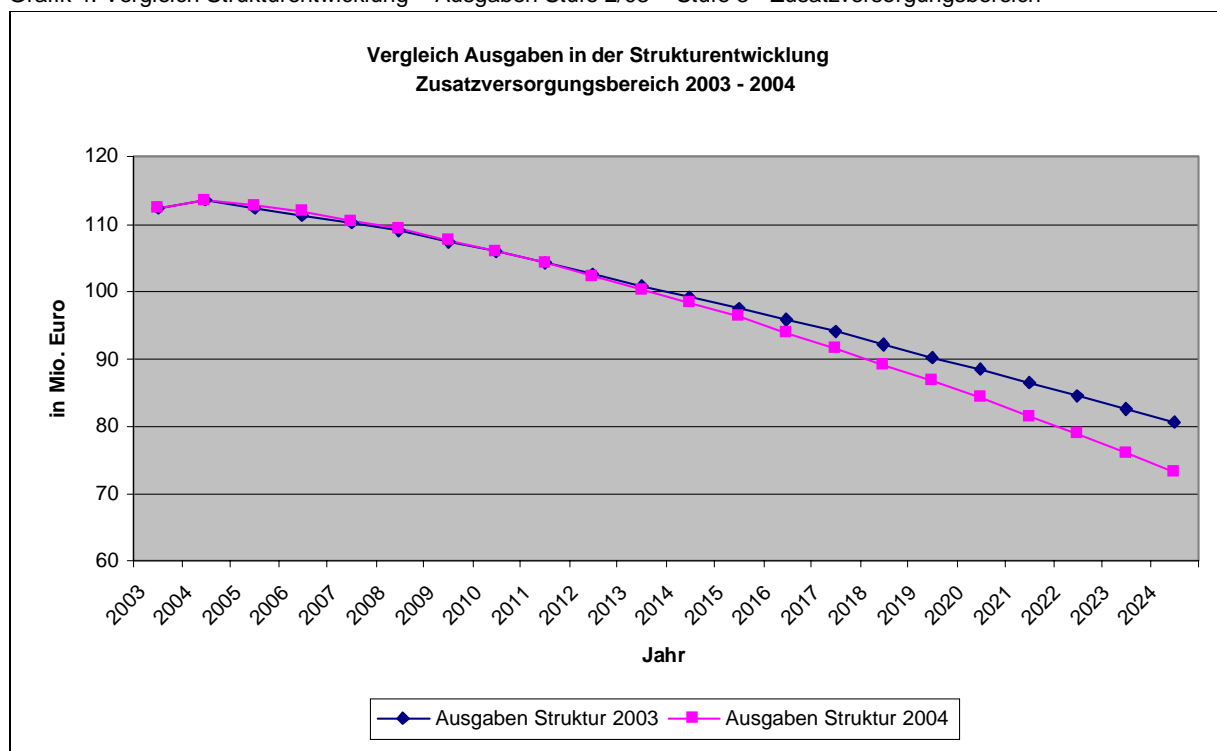
Allerdings wurden die Anwartschaften der meisten zurzeit Beschäftigten bis zum 1. August 2003 durch externe Bezugssysteme bestimmt, soweit diese Beschäftigten in den Geltungsbereich des 1. RGG fielen. Bis zum Jahr 2013 gelten daher für die meisten der neu hinzutretenden Versorgten noch Übergangsvorschriften aus dem alten Recht. Auch auf alle am 31. Juli 2003 vorhandenen Versorgten sind die Regelungen des 1. RGG angewandt worden. Versorgungsfälle nach dem 2. RGG sind dagegen bis zum In-Kraft-Treten des HmbZVG, in welchem das 2. RGG aufgegangen ist, nicht aufgetreten. Bei In-Kraft-Treten des HmbZVG fielen rund 21.500 Beschäftigte unter den Geltungsbereich des 1. RGG und rund 9.700 Beschäftigte unter den Geltungsbereich des 2. RGG.

Eine der Änderungen des HmbZVG besteht darin, dass künftig neu hinzutretende Versorgte eine Zuwendung (Weihnachtsgeld) in Höhe von lediglich 85 % ihres erstmaligen Ruhegeldes erhalten. Eine Besitzstandswahrung

wird für rentennahe Beschäftigte, das sind alle vor dem 1. August 1948 Geborenen, die bereits am 31. März 1995 Beschäftigte der Freien und Hansestadt Hamburg waren, vorgenommen. Sie erhalten auch künftig noch eine Zuwendung, die sich anteilig aus einer Grundzuwendung nach dem bis zum 31. Juli 2003 geltenden Recht und einer Zusatzzuwendung aus dem ab 1. August 2003 geltenden Recht zusammensetzt. Für am 31. Juli 2003 vorhandene Versorgte ist die Zuwendung auf dem Stand des Jahres 2003 ebenfalls eingefroren; sie erhalten die Zuwendung in der bisher zustehenden Höhe weiter. Nach dem bis zum 31. Juli 2003 geltenden Recht wurde die Zuwendung nach dem Gesamtbetrag Ruhegeld bemessen, der die Versorgungsobergrenze für die Summe aus der mitzählenden Rente und dem Ruhegeld bildete. In den meisten Einzelfällen lag der Zuwendungsanspruch damit erheblich über dem monatlichen Ruhegeldanspruch. So betrug im Jahr 2003 der Anteil der Zuwendungen an den jährlichen Ruhegeldzahlungen 24,5 %. Künftig wird sich dieser Anteil infolge des Systemwechsels reduzieren. Für Beschäftigte mit Anwartschaften nach dem 2. RGG änderte sich durch das HmbZVG im Grundsatz nichts, da dieser Beschäftigtenkreis bei Eintritt des Versorgungsfalles ebenfalls eine Zuwendung in Höhe von 85 % des erstmaligen Ruhegeldes erhalten wird.

Diese Übergangsregelungen sind notwendig, da gerade bei grundlegenden Rechtsänderungen im Versorgungsbereich zu berücksichtigen ist, dass die Beschäftigten im Vertrauen auf das bestehende Recht Vermögensdispositionen treffen oder unterlassen – und die Folgen dieses Verhaltens gravierend sein können, ohne dass eine Möglichkeit besteht, dies auszugleichen. Gleichwohl sind die Effekte der Neuregelung bereits ab dem Jahr 2013 sichtbar und es zeigt sich im Jahr 2024 in der Strukturentwicklung bereits eine Ausgaben senkung um 9 % im Vergleich zur Vorjahresprognose.

Grafik 4: Vergleich Strukturentwicklung – Ausgaben Stufe 2/03 – Stufe 3 – Zusatzversorgungsbereich



Diese Entwicklung ist darauf zurückzuführen, dass 10 Jahre nach In-Kraft-Treten des HmbZVG die Übergangsvorschriften für die rentennahen Beschäftigten vollständig umgesetzt sind. Die Auswirkungen verdeutlicht nach-

folgender Vergleich der prognostizierten Ausgabenentwicklung – erst bezogen auf den Zeitraum von 2003 bis 2013, weiter bezogen auf den Zeitraum von 2013 bis 2024:

Tabelle 5: Vergleich der Ausgabenentwicklung Stufe 2/03 – Stufe 3 – Zusatzversorgungsbereich

		Strukturentwicklung	Ausgaben bei linearen Erhöhungen ab 2005 in Höhe von		
			1 %	2 %*	3 %*
von 2003 bis 2013	Stufe 2/03	- 10,2 %	- 2,1 %	+ 6,7 %	+ 16,1 %
	Stufe 3	- 10,8 %	- 2,6 %	+ 6,3 %	+ 15,9 %
von 2013 bis 2024	Stufe 2/03	- 20,3 %	- 11,5 %	- 1,6 %	+ 9,3 %
	Stufe 3	- 27,0 %	- 18,7 %	- 9,5 %	+ 0,7 %

*nur für Beschäftigte relevant

Im Vergleich zur Vorjahresprognose verläuft die Ausgabenentwicklung bis 2013 nahezu parallel, dann aber zeigen sich signifikante Unterschiede: Die prognostizierte Minderung der Ausgaben tritt rascher und deutlicher ein.

3. Datengrundlage

Die vorliegende, auf versicherungsmathematischen Prinzipien beruhende Prognose wurde wie in den Vorjahren auf der Basis von personenbezogenen, anonymisierten Daten der aktiven und passiven Angehörigen des öffentlichen Dienstes der Freien und Hansestadt Hamburg bzw. deren Hinterbliebenen, deren Versorgungsbezüge zulasten des Kernhaushalts verbucht werden, erstellt. Nicht in den Personenbestand aufgenommen sind die Waisen und die Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen nach dem BetrAVG.

In den Datensätzen sind dementsprechend die Beschäftigten des UKE nicht enthalten; ebenso wenig sind die Beschäftigten der Landesbetriebe (§ 26 LHO) berücksichtigt, die Pensionsrückstellungen bilden müssen, und die Verpflichtungen rechtlich selbstständiger Einrichtungen, für die Hamburg als Gewährsträger kraft Gesetzes (Anstalten öffentlichen Rechts) oder durch Bürgschaften haftet, mit einem Gesamtvolumen nicht passivierter Versorgungsanswartschaften (keine Verpflichtung zum Ausweis) per Ende des Jahres 1999 von 1.192,16 Mio. Euro. Grundsätzlich sind alle Beschäftigten und alle Versorgungsberechtigten einbezogen, die für Dezember 2003 Bezüge von der Freien und Hansestadt Hamburg erhalten haben. Ausgenommen sind allerdings die zum 1. Januar 2004 verselbstständigten Einheiten: Der IuK-Bereich des ehemaligen SfB sowie das LIT sind in der Anstalt öffentlichen Rechts (AöR) Dataport aufgegangen, die Eichdirektion in der Eichdirektion Nord, AöR, das Statistische Landesamt im Statistischen Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein, AöR, und die Technische Prüfstelle Hamburg in die TÜV Hanse GmbH, sodass die dort Beschäftigten nicht mehr in die Prognose eingeflossen sind.

Erfasst werden ausschließlich die Versorgungsausgaben, nicht aber Beihilfen für Versorgungsempfängerinnen und -empfänger, Versorgungsausgleiche an Sozialversicherungsträger oder Zuführungen an Versorgungsrücklagen. Wie auch in den Vorjahren sind die bisherigen Bezügeanpassungen berücksichtigt. Durch das BBVAnpG 2003/

2004 wurden die Dienst- und Versorgungsbezüge um insgesamt 4,4 % in drei Stufen angehoben: um 2,4 % im Jahr 2003 und zweimal um 1 % im Jahr 2004. Die linearen Erhöhungen der Versorgungsbezüge erfolgen unter Berücksichtigung des VersÄndG 2001. Durch das dort geregelte Verfahren zur Senkung des Versorgungsniveaus betragen sie in der wirtschaftlichen Betrachtung im Jahr 2003 ca. 1,86 % und im Jahr 2004 jeweils ca. 0,46 %, insgesamt also 2,78 %. Die Hälfte der dadurch erzielten Einsparungen wird der Versorgungsrücklage zugeführt.

Stichtag für die Datenerhebung ist der 1. Dezember 2003, so dass strukturelle Bestandsveränderungen im Vergleich zum Vorjahr in die Prognose eingeflossen sind.

Grundlage der Berechnungen sind die noch aktuellen Sterbe- und Invalidentafeln der Deutschen Aktuarvereinigung e.V. (DAV) – Typen T, R und TI aus dem Jahr 1994. Im Herbst dieses Jahres wird die DAV neue Sterbetafeln veröffentlichen. Diese Sterbetafeln werden Untersuchungen der DAV berücksichtigen, wonach sich die bisherige Tendenz stetig steigender Lebenserwartung bestätigt habe. Bisher ist diese Tendenz mit dem Alterstrendmodul des DAV berücksichtigt worden, das auch in dieser Prognose herangezogen worden ist. Prof. Dr. Pfeifer hat bereits angekündigt, dass für die nächste Stufe der Prognose eine Alternativberechnung auch mit den neuen Sterbetafeln erstellt werden wird, um eine eventuelle künftige Verschiebung der Sterblichkeiten angemessen zu berücksichtigen.

4. Prognoseergebnisse der Stufe 3 im Einzelnen

Bisher sind die Prognoseergebnisse unter Einbeziehung des Alterstrendmoduls dargestellt worden. Bei einer näheren Betrachtung einzelner Aspekte wird zum Vergleich teils auch die Basisentwicklung einbezogen, und im Rahmen eines Vergleiches mit den Vorjahresergebnissen der Effekt des HmbSonderzahlungsG beobachtet.

4.1 Entwicklung der erwarteten Berechtigtenzahlen

Maßgeblicher Faktor der Ausgabenentwicklung ist die Zahl zu erwartender Versorgungsberechtigter. Im Vergleich der Stufe 2/03 mit der Stufe 3 der Prognose ist die Zahl der zu erwartenden Empfänger in der Gesamtschau annähernd konstant geblieben:

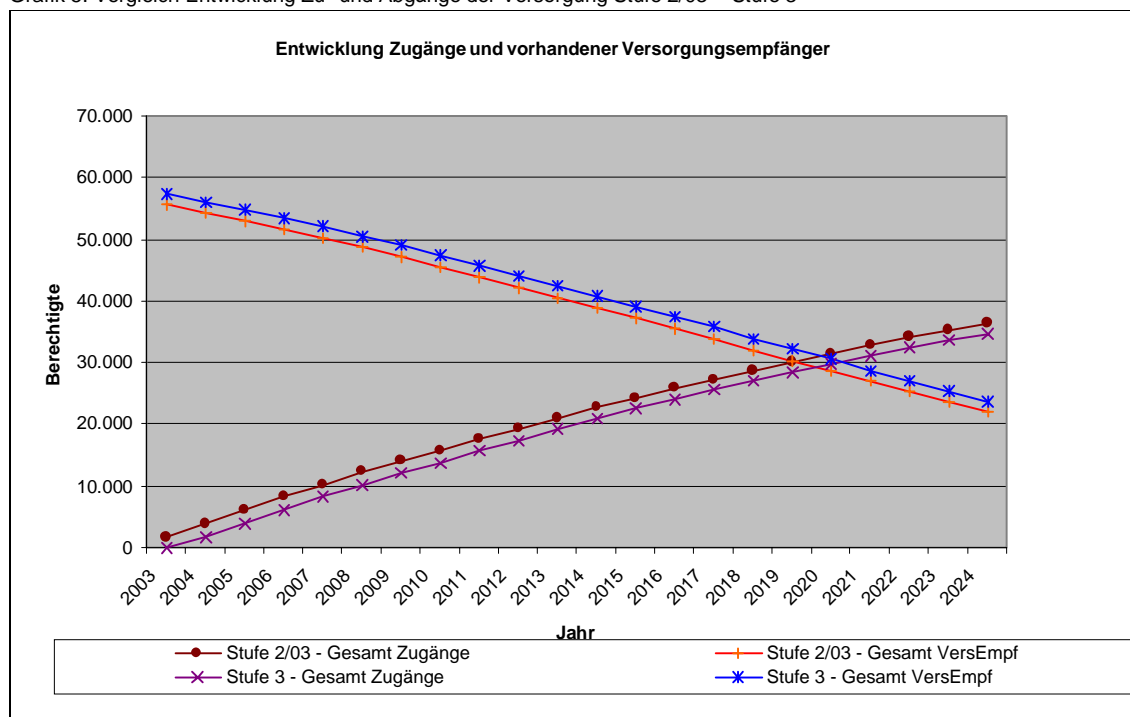
Tabelle 6: Vergleich Gesamtberechtigtenzahlen Stufe 2/03 – Stufe 3

Jahr	Berechtigte insgesamt		
	Stufe 2/03	Stufe 3	Abweichung in %
2003	57.378	57.310	-0,12
2004	58.301	57.769	-0,91
2014	61.653	61.769	0,19
2024	58.336	58.468	0,23

Die Abweichungen liegen für den gesamten Prognosezeitraum unter 1 %. Gleichwohl zeigen sich in der Prognose auch die Folgen der Verselbstständigungen. Hierzu wird

die Entwicklung der Zugänge aus dem Bereich der Beamten und Arbeitnehmer sowie die der vorhandenen Versorgungsempfänger getrennt betrachtet:

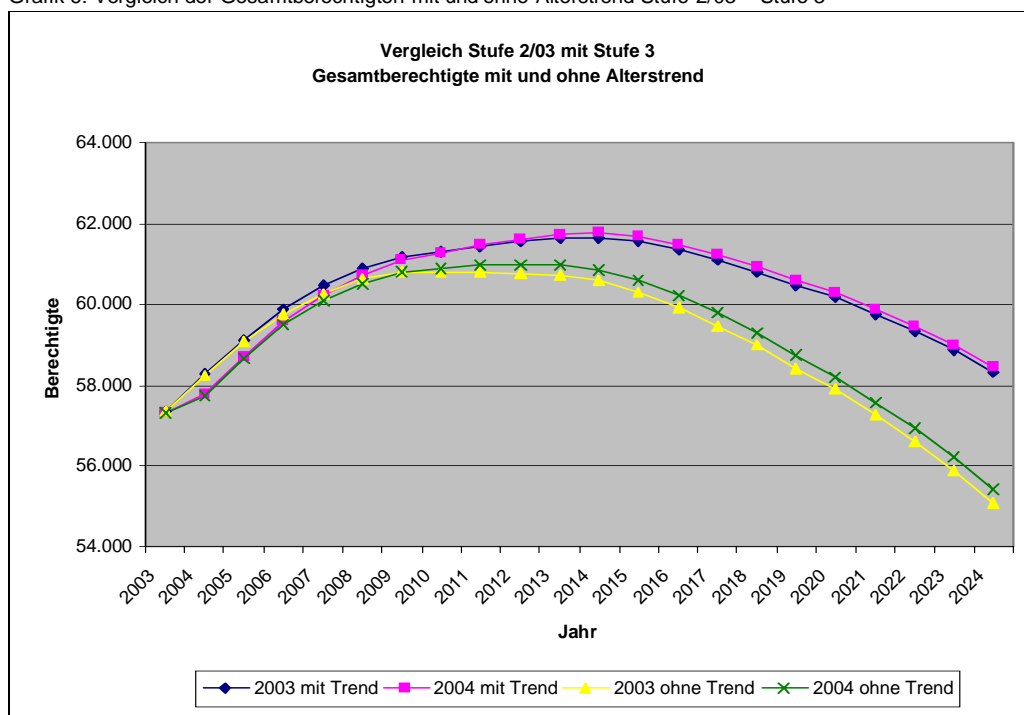
Grafik 5: Vergleich Entwicklung Zu- und Abgänge der Versorgung Stufe 2/03 – Stufe 3



Während die Zahl vorhandener Versorgungsempfänger leicht über denen der Vorjahresprognose liegt, bleibt die Zahl der Zugänge hinter der der Vorjahresprognose zurück. Daran zeigt sich u. a. der Effekt der Verselbstständigungen – die Basis potenzieller Berechtigter ist geringer geworden.

Die Auswirkungen des Alterstrends zeigt die nachfolgende Grafik, die zugleich einen Vergleich der Stufe 2/03 mit der Stufe 3 enthält.

Grafik 6: Vergleich der Gesamtberechtigten mit und ohne Alterstrend Stufe 2/03 – Stufe 3



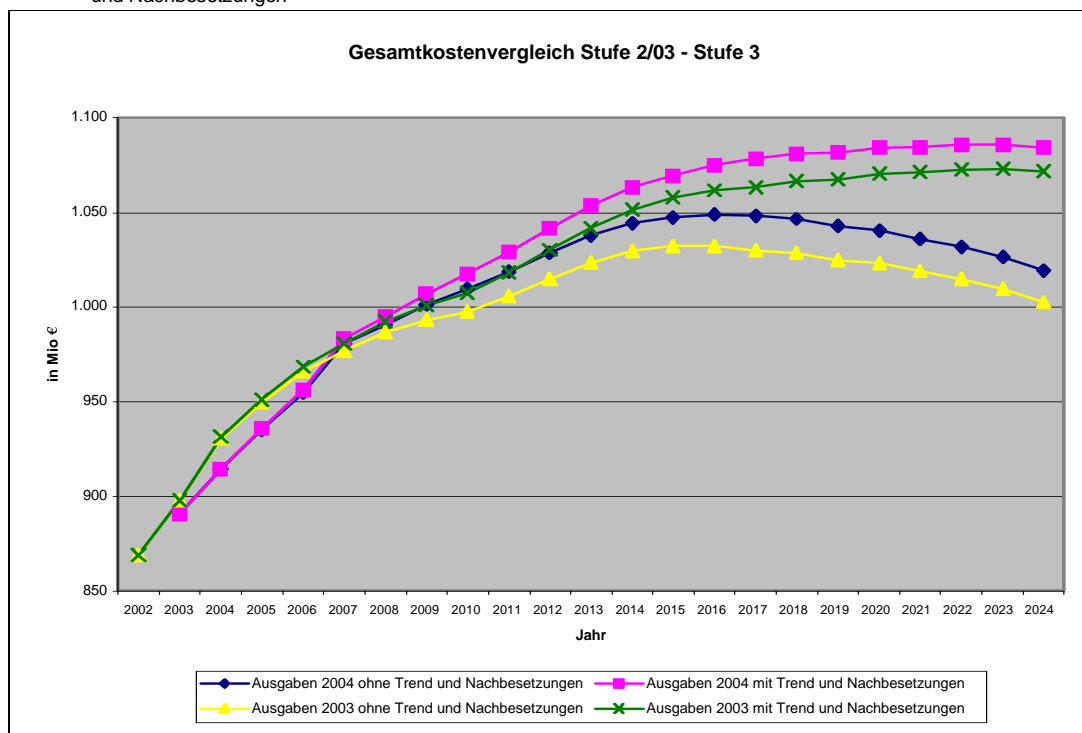
4.2 Ausgabenentwicklung im Vergleich zur Stufe 2/03

Auf die tatsächliche Ausgabenentwicklung haben die Zahl der Versorgungsberechtigten sowie künftige lineare Erhöhungen maßgeblichen Einfluss. Dementsprechend hat der Senat mehrfach darauf hingewiesen, dass moderate lineare Anpassungen, die auch die Leistungsfähigkeit der öffentlichen Haushalte berücksichtigen, eine wirkungsvolle Maßnahme zur Dämpfung des Anstiegs der Versorgungsausgaben darstellen.

Weitere Maßnahmen zur Ausgabendämpfung sind das VersÄndG 2001 und die darin geregelte Senkung des

Versorgungsniveaus sowie das HmbSonderzahlungsG, mit dem das sog. Weihnachtsgeld gesenkt worden ist. Versorgungsempfängerinnen und -empfänger, deren Versorgung sich aus den Besoldungsgruppen A1 bis A12 bemisst, erhalten – vereinfacht ausgedrückt – eine Sonderzahlung in Höhe von 66 % eines Monatsbezuges der Versorgung; ab der Besoldungsgruppe A 13 beträgt der Bemessungssatz 60 %. Diese Absenkung gilt entsprechend auch für Besoldungsempfängerinnen und -empfänger, sie ist bis zum 1. Januar 2007 befristet. Der Einfluss dieser Maßnahmen einschließlich der des HmbZVG zeigt sich im Vergleich der Gesamtausgabenentwicklungen der Stufen 2/03 und 3:

Grafik 7: Gesamtausgabenvergleich in der Strukturentwicklung der Stufen 2/03 – Stufe 3 sowie ohne Trend und Nachbesetzungen



Prof. Dr. Pfeifer führt die Unterschiede in der Gesamtausgabenentwicklung im Wesentlichen auf die Auswirkungen des HmbSonderzahlungsG zurück, das in der Vorjahresprognose noch nicht berücksichtigt werden konnte. Der deutlich sichtbare Einspareffekt der ersten Jahre werde allerdings ab dem Jahr 2010 durch einen anderen Effekt kompensiert, der eventuell mit einem veränderten Verhalten in Bezug auf die Inanspruchnahme vorgezogener Antragsaltersgrenzen zu erklären sein könnte. In der Tat ist seit 2001 ein leichter Anstieg des prozentualen Anteils der Nutzung der Antragsaltersgrenze bei den Zurruhe-setzungen zu beobachten: 2001: 32,2 %; 2002: 38,1 %; 2003: 36,2 %. Der Effekt dieser Möglichkeit ist bereits mit der Stufe 1 der Prognose dargestellt worden¹⁰.

4.3 Zusammensetzung der Ausgabenentwicklung nach Einzelplänen

Die Betrachtung der Zusammensetzung der Versorgungsausgaben nach Einzelplänen zeigt, dass etwa 80 % der

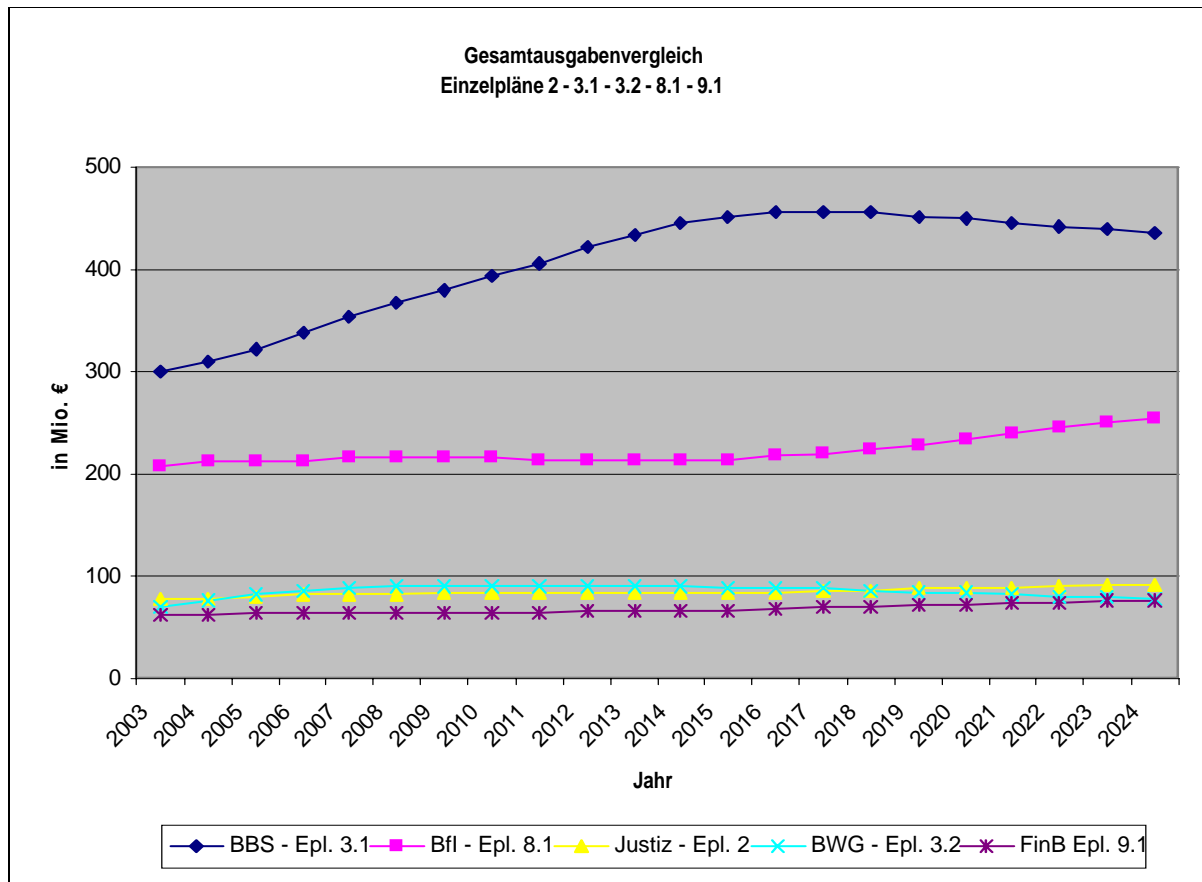
Versorgungsausgaben auf fünf Einzelpläne entfallen: Behörde für Bildung und Sport (Einzelplan 3.1), Behörde für Wissenschaft und Gesundheit (Einzelplan 3.2)¹¹, Behörde für Inneres (Einzelplan 8.1), Justizbehörde (Einzelplan 2) und Finanzbehörde (Einzelplan 9.1). Diese Personalkörper weisen durch einen hohen Anteil von Vollzugsbediensteten, Lehrerinnen und Lehrern, Hochschulprofessorinnen und -professoren, Richterinnen und Richtern bzw. die Steuerverwaltung Besonderheiten auf.

In der folgenden Grafik wird die Strukturentwicklung Stufe 3 zu Grunde gelegt. Die Auswirkungen der gesellschaftlich und politisch gewollten Stellenausweitungen in den Bereichen Bildung und innere Sicherheit in den Jahren zwischen 1960 und 1980 zeigen sich deutlich.

¹⁰ s. Drucksache 17/247

¹¹ Einzelplan 3.2 ohne Amt für Gesundheit (Datenbasis 1. Dezember 2003)

Grafik 8: Zusammensetzung der Versorgungsausgaben nach Einzelplänen

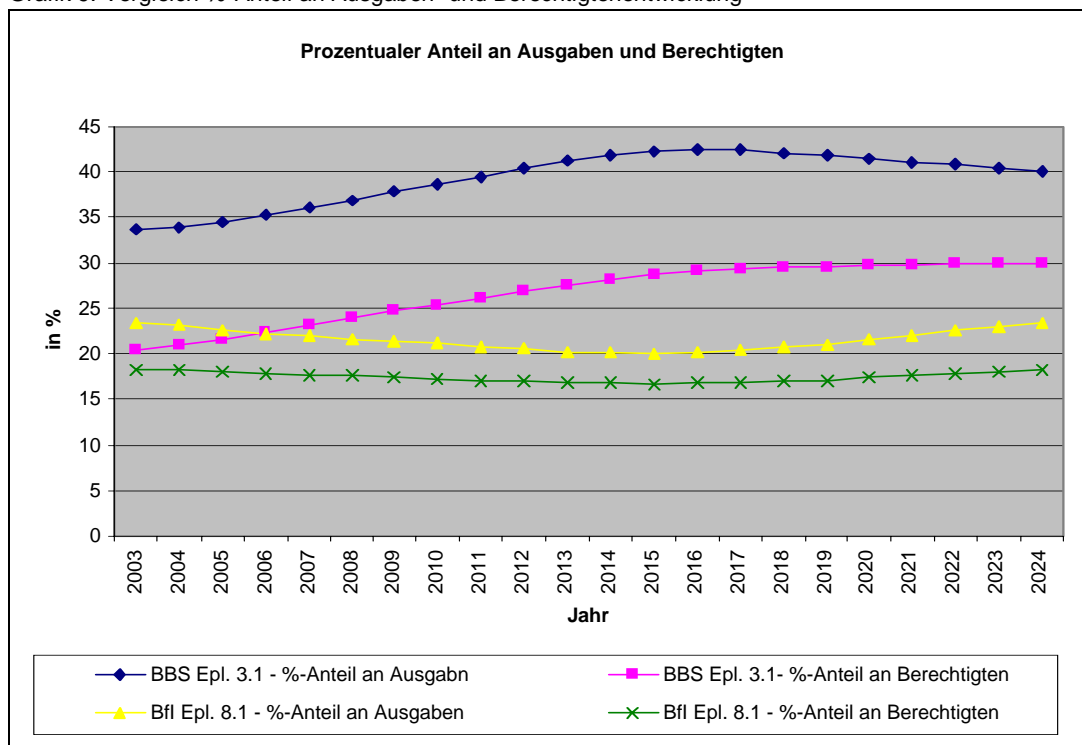


4.3.1 Einzelplan 3.1 – Behörde für Bildung und Sport Einzelplan 8.1 – Behörde für Inneres

Unverändert beeinflusst der Einzelplan der BBS die Ausgabenentwicklung am stärksten. Auffällig ist dabei, dass der Anteil an den Gesamtausgaben deutlich höher ist als der an der Anzahl der Berechtigten. Dies liegt an der

Zusammensetzung des Personalkörpers, insbesondere den Lehrkräften, deren Besoldung und Versorgung sich nach den Spitzenämtern des gehobenen oder nach Ämtern des höheren Dienstes richtet. Deutlich homogener ist das Verhältnis von Ausgaben- und Berechtigtenanteil z. B. im Einzelplan der BfI. Dies verdeutlicht die nachfolgende Grafik:

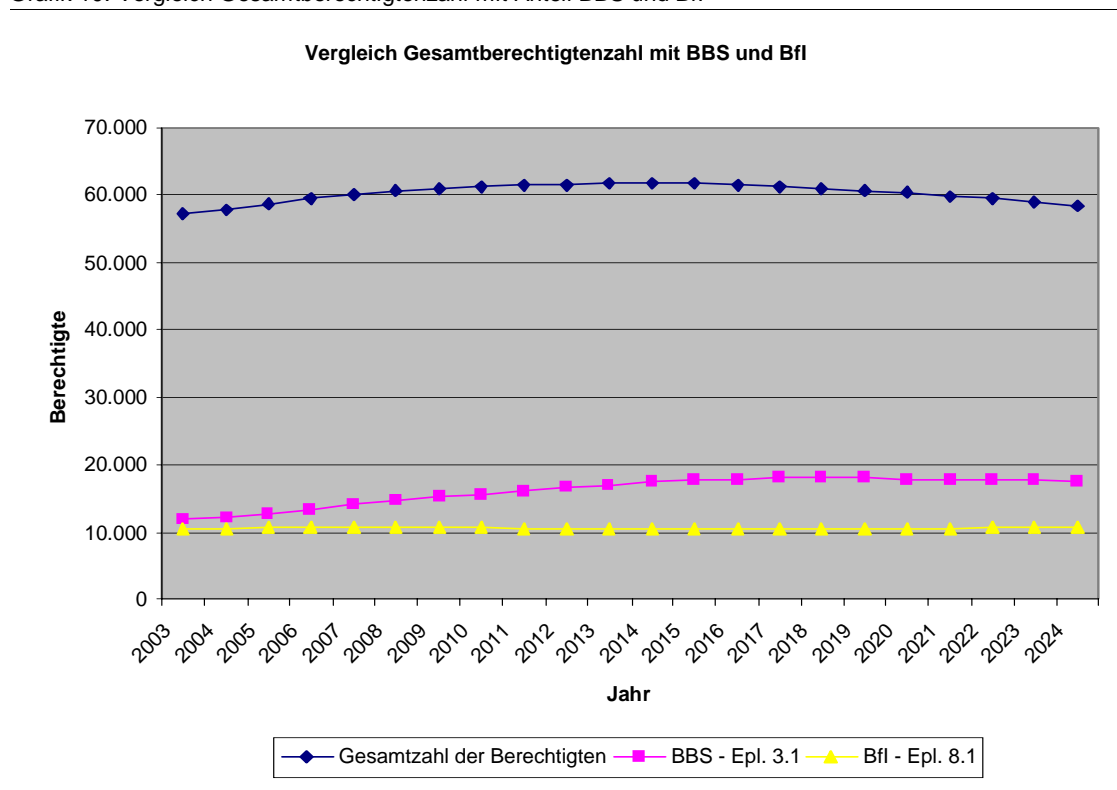
Grafik 9: Vergleich %-Anteil an Ausgaben- und Berechtigtenentwicklung



Den starken Einfluss dieser Einzelpläne verdeutlicht auch die nachfolgende Grafik, in der die prognostizierte Anzahl

der Berechtigten in ein Verhältnis zur prognostizierten Gesamtzahl gesetzt wird.

Grafik 10: Vergleich Gesamtberechtigtenzahl mit Anteil BBS und Bfl



4.3.2 Einzelplan 3.2 – Behörde für Wissenschaft und Gesundheit
 Einzelplan 2 – Justizbehörde
 Einzelplan 9.1 – Finanzbehörde

Die in die grafische Darstellung unter Ziffer 4.3 ebenfalls einbezogenen Einzelpläne 2 – Justizbehörde, 3.2 – Behörde für Wissenschaft und Gesundheit sowie 9.1 – Finanzbehörde fallen bei der Betrachtung der Berechtigtenzahlen

– einzeln betrachtet – nicht so sehr ins Gewicht, erreichen aber zusammen gesehen einen prozentualen Anteil von 21,5 % im Datenerfassungsjahr 2003. Im Prognosemittelsjahr 2014 beträgt der Anteil an der Gesamtberechtigtenzahl 22,1 % und liegt im Prognoseendjahr bei 23,4 %. Für sich betrachtet liegt der Anteil der Versorgungsberechtigten je nach Einzelplan und Jahr relativ konstant zwischen 6 % und 8,5 % der Gesamtberechtigten:

Tabelle 7: Übersicht prozentualer Anteile an den Gesamtberechtigten für Einzelpläne 2, 3.2 und 9.1

Jahr	JB Epl. 2		BWG Epl. 3.2		FinB Epl. 9.1	
	Berechtigte	% Anteil	Berechtigte	% Anteil	Berechtigte	% Anteil
2003	4453	7,8	4031	7,0	3863	6,7
2004	4462	7,7	4211	7,3	3851	6,7
2011	4635	7,5	4977	8,1	3942	6,4
2014	4627	7,5	5082	8,2	3949	6,4
2016	4617	7,5	5102	8,3	3953	6,4
2021	4673	7,8	5027	8,4	4027	6,7
2024	4739	8,1	4920	8,4	4001	6,8

Auch in absoluten Zahlen ist die Entwicklung der Berechtigtenzahlen über den gesamten Prognosezeitraum hin annähernd konstant. Die größte Zunahme zwischen dem Datenerfassungsjahr 2003 und dem Endjahr des Prognosezeitraums 2024 wird im Einzelplan 3.2 mit 889 Berechtigten bzw. 22 % erwartet, der geringste Zuwachs mit 138 Berechtigten (3,6 %) wird für den Einzelplan 9.1 prognostiziert

und beim Einzelplan 2 wird die Berechtigtenzahl im Jahr 2024 um 6,4 % bzw. 289 Versorgungsberechtigte gestiegen sein.

Entsprechendes zeigt sich bei den Ausgabenanteilen, die ebenfalls eine sehr konstante Entwicklung zwischen 6 % und 9 % der Gesamtausgaben zeigen.

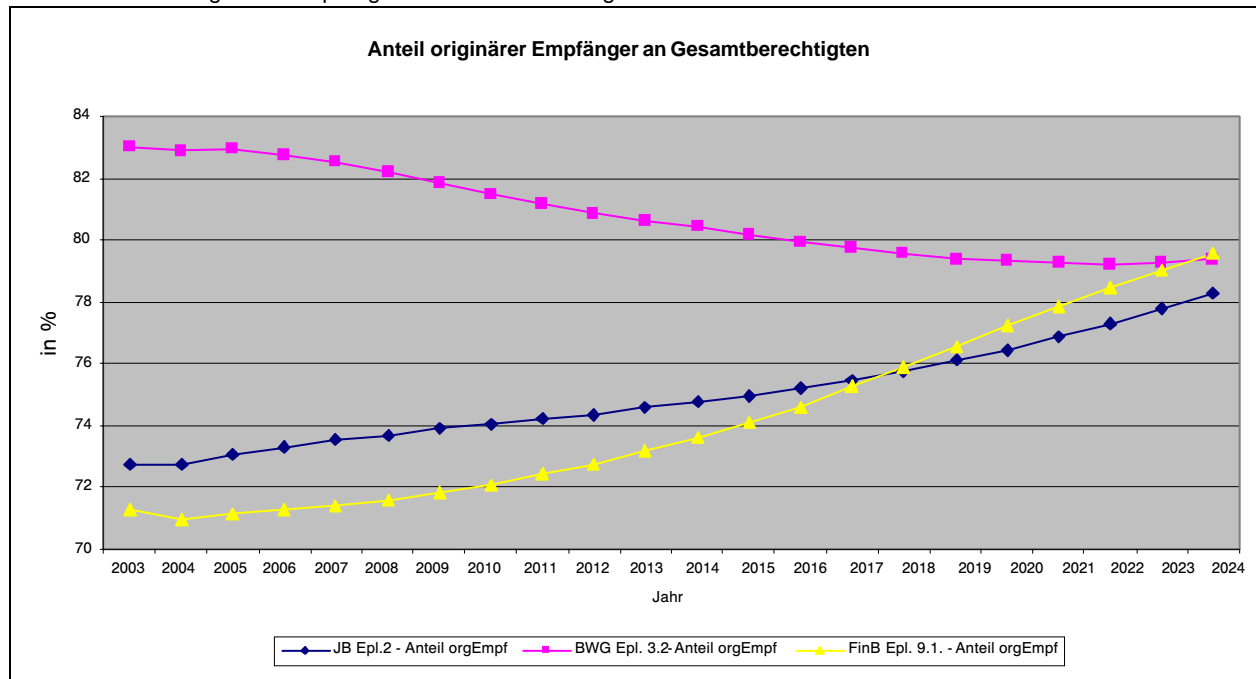
Tabelle 8: Übersicht prozentualer Anteile an den Gesamtausgaben für Einzelpläne 2, 3.2 und 9.1

Jahr	JB Epl. 2		BWG Epl. 3.2		FinB Epl. 9.1	
	Ausgaben	% Anteil	Ausgaben	% Anteil	Ausgaben	% Anteil
2003	77	8,7	70	7,8	62	6,9
2004	79	8,6	76	8,3	62	6,8
2009	83	8,3	90	8,9	64	6,4
2014	84	7,9	89	8,4	66	6,2
2024	93	8,6	78	7,2	76	7,0

Die prognostizierten Ausgaben der Einzelpläne steigen jedoch nicht gänzlich kongruent zur Entwicklung der Empfängerzahlen: Im Einzelplan 2 wird ein Zuwachs von 20 % erwartet, im Einzelplan 3.2. einer von 11 % und im Einzelplan 9.1 einer von 23 %. Die Unterschiede der

Entwicklung dürften mit der unterschiedlichen Entwicklung originärer Empfänger, also ehemaliger Arbeitnehmer oder Beamter der Freien und Hansestadt Hamburg und ihrer hinterbliebenen Witwen bzw. Witwer zusammenhängen:

Grafik 11: Anteil originärer Empfänger an Gesamtberechtigten



Anders als in den anderen Einzelplänen geht der Anteil originärer Empfänger im Einzelplan 3.2 zurück; entsprechend steigt der Anteil der Witwen bzw. Witwer, deren Versorgung niedriger ist als die der originären Empfänger.

5. Wirkung des Versorgungsänderungsgesetzes 2001

Mit dem VersÄndG 2001 sollen die Maßnahmen der Rentenreform 2001 systemgerecht und wirkungsgleich in die Beamtenversorgung übertragen werden. Dazu soll das Versorgungsniveau um insgesamt 6,33 % abgesenkt werden – 2 % durch Absenkung linearer Anpassungen für Besoldungs- und Versorgungsempfängerinnen und -empfänger, 4,33 % durch Verminderung des Ruhegehaltsniveaus. Die ruhegehaltfähigen Dienstbezüge werden im Zuge von acht linearen Erhöhungen ab dem Jahr 2003 in gleichmäßigen Schritten durch sog. Anpassungsfaktoren gesenkt. In wirtschaftlicher Betrachtung entspricht dies einer Verminderung linearer Anpassungen – in deren Zug erhalten Versorgungsempfängerinnen und -empfänger „Weniger mehr“. Auf diese Weise sinkt z.B. der Höchstruhegehaltssatz von 75 % auf das gesetzlich vorgesehene Niveau von 71,75 % der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge und der jährliche Steigerungssatz von 1,875 % auf 1,79375 %. Die so eintretende Niveauabsenkung wird zur Hälfte der Versorgungsrücklage zugeführt.

Die Wirkung des VersÄndG 2001 ist abhängig von linearen Anpassungen. Mit dem BBVAnpG 2003/2004 ist die

Wirkung des VersÄndG 2001 bei linearen Anpassungen – erstmals im Jahr 2003 – zum Tragen gekommen. Da es im Jahr 2004 eine zweimalige lineare Erhöhung von je 1 % geben wird, wird auch der Absenkungseffekt in diesem Jahr zweimal eintreten.

Bereits in den Jahren 1999 bis 2002 ist das Besoldungs- und Versorgungsniveau durch die Verminderung der linearen Anpassungen um je 0,2 % um insgesamt 0,6 % abgesenkt worden. Grundlage war das VReformG vom 29. Juni 1998. Wegen der Einschnitte durch das VersÄndG 2001 wird für die auf den 1. Januar 2003 folgenden acht linearen Anpassungen diese Absenkung der linearen Anpassungen ausgesetzt. Der bereits entstandene Basiseffekt in Höhe von 0,6 % der Besoldungs- und Versorgungsausgaben wird weiterhin der Versorgungsrücklage zugeführt. Sobald die Niveauabsenkung des Versorgungsniveaus um 4,33 % durch das VersÄndG 2001 abgeschlossen ist, wird die Absenkung linearer Anpassungen der Besoldung und Versorgung wieder aufgenommen. Bis zum 1. Januar 2005 wird es bereits 3 Anpassungen gegeben haben. Daher könnte die Absenkung des Versorgungsniveaus um 4,33 % bei jährlichen Anpassungen im Jahr 2009 abgeschlossen sein – also etwas früher als zunächst angenommen. Die weitere Rücklagenbildung durch die anschließende Absenkung des Besoldungs- und des Versorgungsniveaus könnte im Jahr 2016 beendet sein; dann wird auch das Versorgungsniveau um insgesamt 6,33 % vermindert sein.

Die folgende Tabelle zeigt die Wirkung der linearen Erhöhungen für die Jahre 2003 und 2004 und unterstellt für die folgenden fünf Jahre, d. h. bis zum Jahr 2009, jährlich eine fiktive Erhöhung in Höhe von mindestens 1 %, um den Spareffekt darstellen zu können. Sie zeigt in der

Zusammenschau die Entwicklung der Niveauabsenkung zunächst durch Bildung einer Versorgungsrücklage auf Grundlage des VReformG 1998 und dann durch die diese aufgreifende Absenkung des Versorgungsniveaus durch das VersÄndG 2001.

Tabelle 9: Strukturelle Wirkung des Versorgungsänderungsgesetzes 2001

Jahr	BBVAnpG 2003/2004	Wirkung VersÄndG 2001		
	tatsächliche Höhe lin. Anpassungen	Absenkung der lin. Anpassungen	<i>unmittelbare Ab- senkung des Ver- sorgungsniveaus</i>	Senkung des Vers.Niveaus ins- gesamt
	%			
2000		0,2	0	0,2
2001		0,4	0	0,4
2002		0,6	0	0,6
2003	2,4	0,6	0,54125	1,14125
2004	1,0	0,6	1,0825	1,6825
	1,0	0,6	1,62375	2,22375
2005		0,6	2,165	2,765
2006		0,6	2,70625	3,30625
2007		0,6	3,2475	3,8475
2008		0,6	3,78875	4,38875
2009		0,6	4,33	4,93
2010		0,8	4,33	5,13
2011		1	4,33	5,33
2012		1,2	4,33	5,53
2013		1,4	4,33	5,73
2014		1,6	4,33	5,93
2015		1,8	4,33	6,13
2016		2	4,33	6,33

Im Vergleich der Ausgabenentwicklungen mit den Ausgaben dämpfenden Wirkungen von VReformG und VersÄndG 2001 zeigen sich die Auswirkungen deutlich.

Da die Wirkungen dieser Gesetze lineare Anpassungen voraussetzen, ist das 1 %-Szenario zu Grunde gelegt worden.

Tabelle 10: Ausgabenentwicklung und Minderausgaben Beamte ohne VReformG 1998 und ohne VersÄndG 2001

Jahr	Zahl der Berechtigten	Ausgaben bei linearen Erhöhungen ab 2005 in Höhe von 1 % in Mio €	Ausgaben ohne VReformG 1998 und VersÄndG 2001 in Mio €	Einsparungen in Mio. €	Einsparung pro Empfänger in €
2003	27.056	778	787	9	328
2004	27.577	801	819	18	646
2005	28.432	831	854	23	808
2006	29.290	861	890	28	972
2007	29.942	899	933	35	1.155
2008	30.509	921	962	40	1.325
2009	30.976	945	991	47	1.504
2010	31.374	967	1.017	50	1.581
2011	31.770	991	1.044	53	1.662
2012	32.185	1.016	1.072	56	1.746
2013	32.572	1.042	1.101	60	1.832
2014	32.900	1.065	1.128	63	1.919
2015	33.141	1.085	1.151	66	2.006
2016	33.312	1.104	1.174	70	2.098
2017	33.426	1.122	1.192	71	2.124
2018	33.523	1.139	1.211	72	2.150
2019	33.577	1.153	1.226	73	2.174
2020	33.668	1.171	1.245	74	2.201
2021	33.709	1.186	1.261	75	2.227
2022	33.754	1.202	1.278	76	2.255
2023	33.758	1.217	1.294	77	2.283
2024	33.701	1.231	1.309	78	2.312

Bereits im Datenerfassungsjahr 2003 sind Minderausgaben von 9 Mio. Euro zu verzeichnen, die sich bis zum Prognosemittelpunkt auf 63 Mio. Euro erhöhen und im Endjahr der Prognose 2024 einen Betrag von 78 Mio. Euro erreichen. Die sich ergebenden Minderausgaben sind auf die erwarteten Berechtigten umgerechnet worden, um einen Ansatzpunkt für die Auswirkungen im Einzelfall zu erhalten. Mehr als ein Ansatzpunkt kann diese Betrachtungsweise schon deswegen nicht sein, weil sie Unterschiede in der Höhe der Versorgung ebenso wenig einbezieht wie Unterschiede in den Rechtsgrundlagen. Es zeigt sich aber, dass über den Prognosezeitraum auf Grund dieser Maßnahmen eine nachhaltige Senkung des Niveaus der Jahreseinkommen der Versorgungsempfängerinnen und -empfänger eintritt.

6. Bewertung der Prognoseergebnisse

Im Zuge einer Bewertung der Prognoseergebnisse ist zunächst auf die Bedeutung linearer Anpassungen für die Ausgabenentwicklung hinzuweisen. Außerdem wird ein Abgleich mit dem Haushaltsergebnis vorgenommen und der allgemeine Trend betrachtet.

6.1 Auswirkung linearer Erhöhungen

Die Stufe 3 der Prognose bestätigt erneut die große Bedeutung linearer Erhöhungen für die Ausgabenentwicklung.

Sie verstärken die ohnehin vorhandenen strukturellen Effekte, die für sich genommen schon einen erheblichen Ausgabenanstieg bedingen. Dies kann jedoch nicht dazu führen, in Zukunft etwa gänzlich auf lineare Erhöhungen zu verzichten. Beamtinnen und Beamte, Versorgungsempfängerinnen und -empfänger haben Anspruch darauf, an der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklung teilzuhaben. Es wird aber besonders darauf ankommen, dabei auch die Belastbarkeit der öffentlichen Haushalte im Blick zu behalten und dafür zu sorgen, dass sich lineare Erhöhungen in diesen Rahmen einfügen.

Die besondere Beachtung linearer Erhöhungen ist wegen der mit ihnen verbundenen Struktureffekte entscheidend, da sie zu einer dauerhaften Anhebung der Berechnungsbasis führen – und zwar mit jeder Erhöhung erneut.

6.2 Vergleich mit dem Haushaltsergebnis

Beim Vergleich der Prognoseergebnisse mit dem Haushalt ist immer die unterschiedliche Berechnungsgrundlage und -methodik zu berücksichtigen. Die Daten der Prognose beziehen sich auf den Kernhaushalt und auf die Landesbetriebe, die keine eigenen Pensionsrückstellungen bilden müssen; außerdem sind z. B. Waisen- und Betriebsrenten nach dem BetrAVG nicht erfasst. Der Haushalt erfasst weitergehende Risiken wie z. B. die Zahlung von Versorgungsausgaben an andere Länder nach § 107 b

BeamVG, Aufwendungen für die anteilige Erstattung von Versorgungsausgaben an öffentliche Unternehmen auf Grund gesetzlicher Regelung oder vertraglicher Vereinbarung. Diese Aspekte werden auch in der Veranschlagung der Versorgungsausgaben für den Haushalt abgebildet. Methodisch werden hierfür die Zunahme der Versorgungsempfänger gemäß der Prognose von Prof. Dr. Pfeifer¹²⁾ für den Kernhaushalt sowie voraussichtliche Tarifanpassungen berücksichtigt.

Da die anonymisierten personenbezogenen Daten zum Stichtag 1. Dezember 2003 zu Grunde gelegt wurden, sind

schon die Ergebnisse des Jahres 2003 eine Prognose und entsprechen daher nicht ganz exakt dem Haushaltsergebnis. Für den Vergleich mit dem Haushaltsergebnis ist das Datenerfassungsjahr zu Grunde zu legen, für das in der Stufe 3 der Prognose ein hohes Maß an Übereinstimmung mit dem Haushaltsergebnis 2003 erreicht wird: Im Bereich der Beamtenversorgung liegt die Abweichung bei 0,1 %, in dem der Zusatzversorgung liegt sie mit etwa 6 % unter dem Wert der Prognose mit der Stufe 2/03 von 7,2 %.

Tabelle 11: Vergleich Prognose 2003 – Haushaltsergebnis 2003

Statusgruppe	Prognose 2003	Haushaltsergebnis 2003
Beamtenversorgung	778 Mio. €	777 Mio. €
Zusatzversorgung	113 Mio. €	120 Mio. €

6.3 Ausgabenentwicklung

Die Ergebnisse der Prognose Stufe 3 bestätigen die Ausgabenentwicklung, die auch in den Prognosen der letzten Jahre aufgezeigt worden ist: Es ist nach wie vor mit einer strukturbedingten Zunahme der Gesamtversorgungsausgaben zu rechnen. Der Anstieg flacht etwa ab 2015 ab und zum Ende des Prognosezeitraumes deutet sich ein kleiner Rückgang der Ausgaben an. Hinsichtlich künftiger Ausgabendämpfungen kommt Prof. Dr. Pfeifer in seinem Gutachten zur Stufe 3 zu folgendem Ergebnis:

„Eine langfristige Begrenzung sowohl des Anstiegs als auch der Höhe der Versorgungsausgaben im öffentlichen Dienst der Freien und Hansestadt Hamburg bleibt angesichts der strukturellen Entwicklungen in den Empfängerzahlen innerhalb der nächsten 20 Jahre nach wie vor problematisch. Dieser Anstieg der Empfängerzahlen ist ausschließlich durch demographische Entwicklungen bedingt und eine deutliche Ausgabendämpfung damit politisch vermutlich nur durch Veränderungen in den Arbeitsbedingungen der noch Aktiven erreichbar (Wegfall vorgezogener Antragsaltersgrenze, Verlängerung der Lebensarbeitszeit, Fortfall der Alterszeitzeit, Maßnahmen gegen Frühinvalidisierung).“

Zu den Maßnahmen der Vermeidung vorzeitiger Zuruhesetzungen gehören nicht nur Instrumente wie z. B. Teildienstfähigkeit oder Versorgungsabschlüsse; auch solche des Personalmanagements sind in diesem Kontext zu sehen. Da Vermeidung von Frühpensionierungen in erster Linie Vermeidung von Dienstunfähigkeit verlangt, kommt z. B. einem effektiven Gesundheitsmanagement ein erheblicher Stellenwert zu. Ebenso wichtig ist eine nachhaltige Personalentwicklung: Das Versorgungsrecht hat zwar die Möglichkeit, Versorgungsabschlüsse bei vorzeitiger Zuruhesetzung vorzusehen, es wird aber darauf ankommen, das Interesse, möglichst bis zur gesetzlichen Altersgrenze zu arbeiten, zu erhalten und zu fördern.

Prof. Dr. Pfeifer hat anhand von Modellrechnungen die Wirkungen einer längeren Lebensarbeitszeit untersucht. Er hat hierfür zunächst den Wegfall der Antragsaltersgrenze angenommen – also für deren Nutzerkreis eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit um 2 Jahre –, außerdem eine Verschiebung der gesetzlichen Altersgrenze um 2 Jahre mit entsprechend angepasster Antragsaltersgrenze und schließlich die Wirkung der Kombination aus Wegfall der Antragsaltersgrenze und Verschiebung der Altersgrenze um 2 Jahre. Die Auswirkungen hat Prof. Dr. Pfeifer nur für den Bereich der zu erwartenden Zugänge in die Versorgung betrachtet.

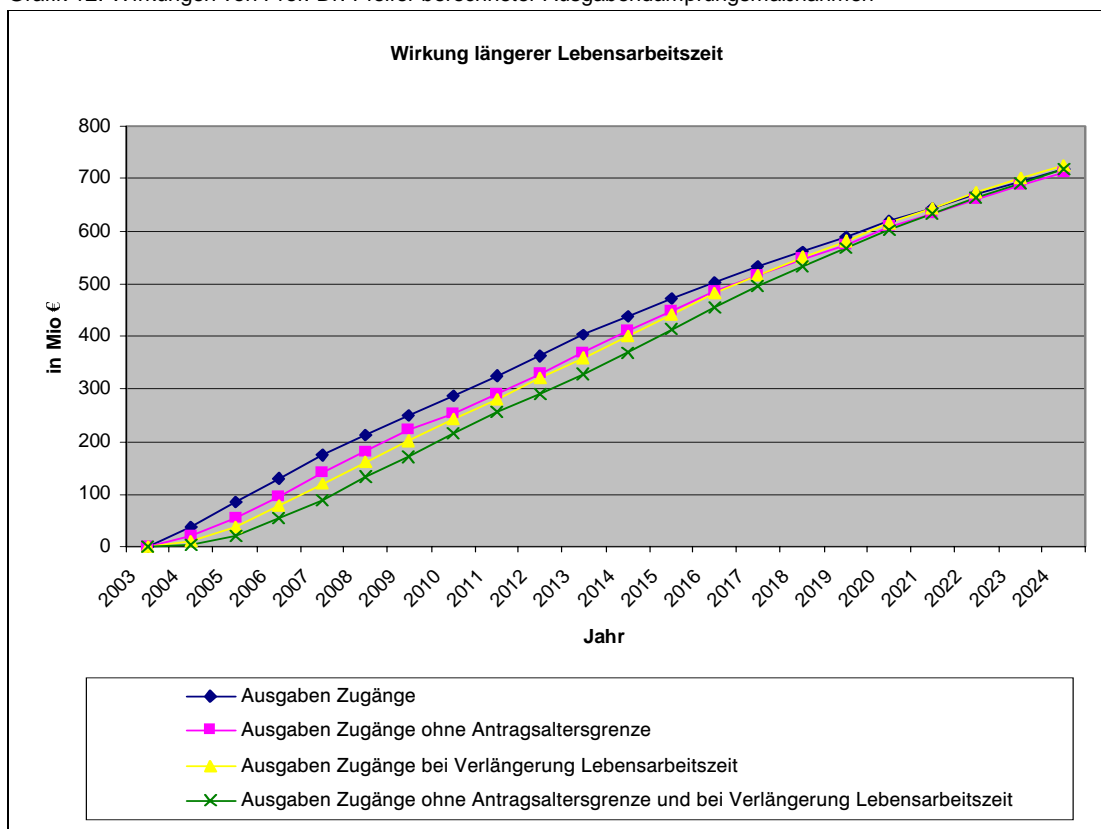
Mit beiden Themen hatte sich Prof. Dr. Pfeifer bereits früher auseinandergesetzt. Für eine mögliche Verlängerung der Lebensarbeitszeit hatte er darauf hingewiesen, dass damit Ausgabensteigerungen insofern verbunden sind, als mehr Personen den Höchstruhegehaltssatz erreichen.¹³⁾ Der Effekt der Antragsaltersgrenze ist bereits mit der Ausbaustufe 1 des Instruments deutlich geworden: Es ist damit eine deutliche Ausgabenerhöhung verbunden, die erst in der Langfristbetrachtung durch die Versorgungsabschlüsse kompensiert wird.¹⁴⁾ Die Untersuchungen von Prof. Dr. Pfeifer zeigen jedoch, dass durch eine Verlängerung der tatsächlichen Lebensarbeitszeit eine deutliche Ausgabendämpfung erreicht werden kann. Dies zeigt sich im Vergleich der Ausgaben, die für die Zugänge in die Versorgung auf der Basis geltenden Rechtes entstehen mit denen, die für den Verzicht auf die Antragsaltersgrenze, die Verlängerung der Lebensarbeitszeit sowie die Kumulation beider Maßnahmen prognostiziert werden: Die Kurven der Ausgabenverläufe für die Szenarien bleiben deutlich hinter den Ausgaben für die Zugänge auf der Basis geltenden Rechtes zurück, am weitesten bei der Kumulation beider Maßnahmen.

¹²⁾ Drucksache 17/1404

¹³⁾ s. Drucksache 16/4727

¹⁴⁾ s. Drucksache 17/247

Grafik 12: Wirkungen von Prof. Dr. Pfeifer berechneter Ausgabendämpfungsmaßnahmen



Die Prognose von Prof. Dr. Pfeifer bezieht sich ausschließlich auf die Entwicklung der Versorgungsausgaben. Mögliche Auswirkungen z.B. auf die Stellenentwicklung oder den Umfang notwendiger Ausbildung sind nicht berücksichtigt worden.

7. Vorsorge für künftige Versorgungsausgaben

Mit dem VersÄndG 2001 wird der Weg weiter gegangen, für künftige Versorgungsaufwendungen durch Bildung kapitalgedeckter Rücklagen vorzusorgen. Im Jahr 1999 hat Hamburg mit dem Aufbau von Sondervermögen begonnen: auf Grund gesetzlicher Verpflichtung mit der Bildung einer Versorgungsrücklage aus der Verminderung linearer Anpassungen gem. § 14 a BBesG, darüber hinaus mit der Einrichtung eines Sondervermögens Zusatzversorgung, das aus den Beiträgen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gespeist wird, und der Bildung eines zusätzlichen Versorgungsfonds, in den insbesondere die Versorgungszuschläge, die Hamburg bei Beurlaubungen von Beamtinnen und Beamten im öffentlichen Interesse von Dritten erhebt, sowie der Liquiditätsgewinn fließen, der sich jährlich aus der Verbeamtung von 1.100 zuvor angestellten Lehrkräften ergibt.

7.1 Versorgungsrücklage nach § 14 a BBesG

Gemäß dem Gesetz über eine Versorgungsrücklage der Freien und Hansestadt Hamburg (HmbVersRücklG) vom 30. November 1999 hat die Freie und Hansestadt Hamburg eine Versorgungsrücklage für die Beamtenversorgung gebildet. Sie ist in der Zeit von 1999 bis 2002 aus einer Verminderung der linearen Anpassungen um je 0,2 % – insgesamt 0,6 % – gespeist worden. Während der acht ab dem 1. Januar 2003 folgenden linearen Anpassungen, in denen

das Versorgungsniveau durch das VersÄndG 2001 abgeflacht wird, ist die weitere Verminderung der linearen Anpassungen um 0,2 % ausgesetzt worden. Dafür wird in diesem Zeitraum die Hälfte der durch die Abflachung des Versorgungsniveaus erzielten Einsparungen der Versorgungsrücklage zugeführt; weiterhin wird auch die bisher erreichte Einsparung von 0,6 % zugeführt. Mit dem Gesetz zur Änderung des Hamburgischen Versorgungsrücklagegesetzes vom 2. Juli 2003 sind die notwendigen landesrechtlichen Konsequenzen aus dem VersÄndG 2001 gezogen worden. Das Gesetz regelt die Zuführung der Mittel in die Versorgungsrücklage neu und passt den Zeitpunkt der frühest möglichen Entnahme, nunmehr 1. Januar 2018, an den verlängerten Zuführungszeitraum an.

Die Versorgungsrücklage darf nur zur Entlastung von Versorgungsausgaben für den Beamten- und Richterbereich verwendet werden, und zwar schrittweise über einen Zeitraum von mehreren Jahren.

Das Volumen der Versorgungsrücklage beträgt 62,54 Mio. Euro (Stand 30. Juni 2004).

7.2 Zusätzlicher Versorgungsfonds

Die Freie und Hansestadt Hamburg hat zur zusätzlichen Finanzierung der Altersversorgung seiner Beschäftigten neben der Versorgungsrücklage durch das Gesetz über einen zusätzlichen Versorgungsfonds für die Altersversorgung der Beschäftigten der Freien und Hansestadt Ham-

burg (Hamburgisches Versorgungsfondsgesetz – Hmb-VersFondsG) vom 19. Dezember 2000 ein Sondervermögen gebildet. Die Entnahme der Mittel ist zweckgebunden und kann erst ab dem Jahr 2010 nach Maßgabe des Haushaltsplans erfolgen. Die Rücklage wird ab dem 1. Januar 2000 aus den jährlichen Zuführungen und den daraus erzielten Beträgen gebildet. Die Höhe der Zuführungen bestimmt sich nach den Beträgen, die als Versorgungszuschläge von Dritten vereinnahmt werden, nach dem Liquiditätsgewinn, der sich jährlich aus der Verbeamtung von 1.100 zuvor angestellten Lehrerinnen und Lehrern ergibt (festgelegt auf 5.112.918,82 Euro), nach den Beträgen von aufgelösten Pensionsrückstellungen aus Landesbetrieben nach § 26 Landeshaushaltsordnung (LHO) sowie nach weiteren Beträgen, die von der Bürgerschaft mit dem jeweiligen Haushaltsplan gesondert festgesetzt werden.

Das Volumen des Versorgungsfonds beträgt 32,19 Mio. Euro (Stand 30. Juni 2004).

7.3 Sondervermögen Zusatzversorgung

Auf Grund des HmbZVG leisten die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Freien und Hansestadt Hamburg seit dem 1. August 1999 monatlich einen Beitrag in Höhe von 1,25 % ihres steuerpflichtigen Bruttoarbeitsentgelts zu den Versorgungsausgaben. Diese Beiträge werden dem Sondervermögen „Zusatzversorgung der Freien und Hansestadt Hamburg“ zugeführt, welches durch das Gesetz über das Sondervermögen „Zusatzversorgung der Freien und Hansestadt Hamburg“ vom 14. Juli 1999 (HmbGVBl. S. 146) errichtet wurde. Die Mittel des Sondervermögens stehen nach einer fünfjährigen Ansparphase – frühestens ab Juli 2004 – kontinuierlich zur Entlastung von Zusatzversorgungsausgaben zur Verfügung. Ein diesbezügliches Entnahmekonzept wird zur Zeit von Personalamt und Finanzbehörde vorbereitet und soll dem Beirat bei dem Sondervermögen im September 2004 unterbreitet werden.

Das Volumen des Sondervermögens Zusatzversorgung betrug 56,98 Mio. Euro (Stand 30. Juni 2004). Aus diesem

Volumen sind am 23. Juli 2004 insgesamt 5,8 Mio. Euro an das UKE ausgekehrt worden, die aus dessen bis zum 31. Dezember 2001 eingezahlten Arbeitnehmerbeiträgen angespart worden waren. Diese Entnahme hatte der Beirat bereits am 19. März 2002 beschlossen, weil das UKE mit Ablauf des 31. Dezember 2001 aus dem Geltungsbereich des Gesetzes über das Sondervermögen ausgeschieden war. Eine frühere Entnahme war wegen des fünfjährigen gesetzlichen Entnahmeverbotes ausgeschlossen und auch nicht erforderlich, weil in dem Betrag von 5,8 Mio. Euro auch die bis zur Auskehr erzielten Zinsgewinne enthalten sind.

B.

Schlussbetrachtung

In genereller Betrachtung bestätigt die Prognose auf der Grundlage der Stufe 3 des Instruments den Trend, der in den letzten Jahren beobachtet wurde: Strukturell steigen die Versorgungsausgaben im Prognosezeitraum nahezu kontinuierlich an, ab ca. 2015 etwas abgeflacht und im Jahr 2024 ist ein kleiner Rückgang der Ausgaben festzustellen.

Im Zuge der Analyse zeigen sich aber die Ausgaben mindernden Wirkungen des HmbZVG, das ab 2014 zu einer deutlichen und nachhaltigen Ausgabensenkung führen wird. Weiter sind die Wirkungen des HmbSonderzahlungsG zu beobachten und die fortdauernden Wirkungen des VersÄndG 2001. Dieses führt zu einer deutlichen und ebenfalls nachhaltigen Senkung des Niveaus der individuellen Versorgung.

Vor dem Hintergrund der strukturell bedingten Entwicklungen hat Prof. Dr. Pfeifer schließlich weitere Maßnahmen untersucht, die die Ausgaben dämpfende Wirkung der Verlängerung der Lebensarbeitszeit verdeutlichen – sei es der tatsächlichen Lebensarbeitszeit im Rahmen der Altersgrenze, sei es durch Hinausschieben dieser Altersgrenze.

Der Senat beantragt, die Bürgerschaft wolle Kenntnis nehmen.